



Pressemitteilung

16. November 2006

Bericht im Geesthachter Anzeiger vom 14. November 2006: Bündnis 90/Die Grünen gegen Grundstückskauf

Im Gegensatz zu Bündnis 90/Die Grünen und der Meinung von Herrn Jens Kalke ist die FDP- Fraktion durchaus der Meinung, daß der Grundstückskauf zur Erweiterung des Baugebietes Finkenweg- Ost Sinn macht. Da Geesthacht nur noch sehr begrenzt Flächen zur Ausweisung von Baugebieten zur Verfügung hat, ist es sehr wohl verantwortlich und weitsichtig, das Angebot zum Kauf anzunehmen.

Die Ausweisung von Bebauungsgebieten auf der grünen Wiese ist keine einseitige , umweltfeindliche Politik, wie von Herrn Kalke behauptet. Dieser Ansicht kann nur ein ökologisch verblendeter sein. Jeder hat das Recht, ein Einfamilienhaus zu bauen. Dieses Recht können die Grünen den Bürgern nicht absprechen. Wer Verantwortung in der Politik tragen will, muß diesem Anspruch Rechnung tragen.

Im übrigen bedarf es zum Ankauf von Bauerwartungsland auch keiner planungsrechtlicher Voraussetzung. Das steht auch im Konsens zum am 01.01.1998 in Kraft getretenen neuen Bau- und Raumordnungsgesetz (BauROG). Nach diesem Gesetz ist es möglich zur Integration der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung Eingriff und Ausgleich räumlich zu entkoppeln und ein „Öko- Konto“ einzurichten, das heißt Ausgleichsmaßnahmen „anzusparen“ und mit späteren Eingriffen zu verrechnen. Seit dem Jahr 2000 verfügt die Stadt Geesthacht über ein solches Ökokonto. Damals wurde z.B. eine Fläche von insgesamt 166.230 qm (16,62 ha) in der Oberstadt als Ausgleichsfläche angekauft. Von dieser Fläche sind bislang gerade ca. 23.000 qm als Ausgleichsfläche verbraucht. Diese Ausgleichsfläche brach liegen zu lassen, ohne sie ihrem Sinn entsprechend einzusetzen ist verantwortungslos.

Die Frage von Herrn Kalke, was eigentlich passiert, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse wieder ändern, sollte der Wähler bei der Kommunalwahl 2008 mit einem deutlichen nein zu den Grünen beantworten. Wer darauf spekuliert, zeigt, daß er nicht in der Lage ist verantwortliche Politik zu betreiben.

Für die FDP- Fraktion Rüdiger Tonn